

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. December d. J. dem Statthalterei-Vizesekretär in Triest, Leopold Ritter v. Grosser, den Titel und Charakter eines Statthalterei-Sekretärs taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Kongress-Angelegenheit.

Saibach, 10. December.

Wir bringen unten die von der „W. u. A.“ veröffentlichten Antworten, welche von Seite Oesterreichs auf die Einladung zum Kongress nach Paris gesendet worden sind. Es bestehen dieselben aus einem Schreiben Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser der Franzosen, ddo. Wien, 17. November, und aus einer Depesche des Grafen Rechberg an den Fürsten Metternich in Paris von demselben Datum. Folgendes ist der Wortlaut:

Uebersetzung eines Schreibens Sr. k. k. Apostol. Majestät an den Kaiser Napoleon III. ddo. Wien, 17. November 1863.

Mein Herr Bruder!

Das Schreiben Eu. Majestät vom 4. d. M. lenkt Meine Aufmerksamkeit auf den schwankenden Zustand Europa's, auf die Gefahren, welche daraus entstehen können, und macht Mir den Vorschlag in einem Kongresse die Gegenwart zu regeln und die Zukunft zu sichern.

Dieser Schritt wurde Eu. Majestät von dem aufrichtigen Wunsche eingeblüht, der Welt die Leiden zu ersparen, welche der Krieg mit sich führt, Europa die Wohltaten des Friedens zu erhalten und zu sichern, indem Wir die Ehre und die Würde der Länder, welche Wir beherrschen, vor jeder Verletzung sichern. Das muß in der That ein Gegenstand Unserer beharrlichen Fürsorge sein. Es ist das auch Mein theuerster Wunsch, und zur Erreichung eines solchen Zweckes wird Eu. Majestät Meine Mitwirkung stets gesichert sein.

Von diesen Gefühlen geleitet, habe Ich den Mir gemachten Vorschlag gewissenhaft geprüft. Zunächst mußte Ich Mir die Frage stellen, ob der Plan Eu. Majestät alle Bedingungen vereinigt, die Mir erlauben, ein Ihren und Meinen Wünschen entsprechendes Ergebnis desselben zu hoffen.

Der Erfolg jedes Unternehmens hängt zum großen Theile von der Art ab, mit welcher man es beginnt, und von dem Plane, den man sich vorgezeichnet hat. Je schwieriger das Unternehmen ist, je mehr es die Mitwirkung verschiedenartiger Kräfte und Willensabsichten erheischt, um so dringender stellt sich das Bedürfnis heraus, sich mit Arbeit über den Ausgangspunkt zu verständigen. Gegenstand und Mittel der beabsichtigten That festzustellen, die Linie des einzuschlagenden Verhaltens im voraus zu bestimmen. Diese Bedingungen scheinen mir von wesentlicher Bedeutung für den Erfolg des Werkes, welches Eu. Majestät zu unternehmen wünscht und zu welchem Sie Mich einladen. Ehe Ich daran Theil nehme, halte Ich es für unerlässlich, über gewisse vorläufige Punkte aufgeklärt zu sein. In einem Worte, Ich wünsche mit einiger Genauigkeit die Grundlagen und das Programm für die Verhandlungen des zu eröffnenden Kongresses zu kennen.

Bezeichnet man im voraus und im Einzelnen die Fragen, welche der Kongress prüfen soll, kommt

man über die feinen Arbeiten zu gebende Richtung überein, so hat man weniger zu besorgen, auf unvorhergesehene Hindernisse zu stoßen, welche Alles zunichtemachen können; man beseitigt damit gefährliche, fast unauf lösliche Probleme, die — würden sie unerwartet angeregt — die Verhandlungen nur verbittern, nur neue Verwicklungen hervorrufen könnten, statt die bereits bestehenden auszugleichen.

Diese Berücksichtigungen scheinen Mir zu bedeutend, als daß sie nicht die volle Aufmerksamkeit Eu. Majestät verdienen sollten. Für Metternich wird beauftragt werden, dieselben seinerseits mit größerer Ausführlichkeit darzulegen. Das besondere Wohlwollen und das Vertrauen, welche Eu. Majestät Meinem Botschafter stets bezeugen, werden — wie Ich freudig hoffe — das vorläufige Verständniß erleichtern, das Mir nöthig scheint, bevor Ich dem von Eu. Majestät gefaßten Plane Meine Mitwirkung anbiete.

Ich ergreife diese Gelegenheit, Ihnen die Versicherungen der hohen Achtung und der unverbrüchlichen Freundschaft zu erneuern, mit welcher Ich bin u. s. w.

Uebersetzung einer Depesche an den Fürsten Metternich in Paris, ddo. Wien, 17. Nov. 1863.

In der Anlage finden Sie die Abschrift des Schreibens des Kaisers, unseres erhabenen Obleters, an den Kaiser Napoleon. Ich habe den Worten Sr. Majestät nur Weniges anzufügen, um Ihnen vollständigen Aufschluß über die Ansichten der k. k. Regierung in Betreff des Vorschlages zu einem europäischen Kongresse zu geben.

Vollständig übereinstimmend mit der französischen Regierung in dem Wunsche, den europäischen Frieden fest zu begründen, halten wir dafür, daß ein Verständniß über die für diesen Zweck anzuordnenden bestimmten Mittel die unerlässliche vorläufige Grundlage jeder Verhandlung allgemeiner Art sein muß.

Hiefür haben wir von der französischen Regierung einige Aufklärungen zu verlangen.

Der festzustellende Hauptpunkt betrifft die Grundlage, welche dem zu versammelnden Kongresse zu geben am geeignetsten wäre. Es will uns nicht bedünken, als könne eine bloße Negation hinreichen, das Programm so bedeutungsvoller Verhandlungen zu bilden. Ueberdies wünschten wir zu wissen, wie die Erklärung des Kaisers Napoleon in Betreff der Verträge von 1815 zu erläutern ist. Wir nehmen Anstand, zu glauben, die französische Regierung selbst wolle dieser Erklärung die ausgedehnteste, strengste Bedeutung beilegen. Richtig ist, daß die Verträge des Jahres 1815 in mehreren Punkten geändert wurden. Zum Theil sind andere internationale Bestimmungen an deren Stelle getreten, wie z. B. in Betreff Belgiens. Was dieselben persönlich Verlegen des für den Kaiser Napoleon enthielten, ist definitiv und mit der allgemeinen Bestimmung Europa's beseitigt. Allein außer den Fällen, in welchen diese alten Traktate förmlich außer Kraft gesetzt wurden, betrachten wir dieselben als fortbestehend, und sicherlich bilden sie noch gegenwärtig die Grundlage des öffentlichen Rechtes in Europa. Wir bestreiten nicht, daß der Verlauf der Zeit gewisse Theile dieses Ganzen mehr oder weniger erschütterte, daß dieselben also der Stütze oder der Verbesserung bedürfen. Wollte uns die französische Regierung die Theile dieses Gebäudes bezeichnen, welche sie für zu schadhast oder für zu unvollständig hält; wollte sie uns zugleich die Veränderungen angeben, welche sie für nützlich findet, daran anzubringen, so werden wir diese Eröffnungen mit dem aufrichtigen Wunsche entgegennehmen, ein Verständniß zu erleichtern. Dann können wir uns mit Sachkenntniß über das Zeitgemäße und über den

Nutzen der Vereinigung eines Kongresses zur Erfüllung dieser Aufgabe aussprechen.

Wir erkennen und beklagen mit der französischen Regierung den Zustand des Unbehagens, der in verschiedenen Punkten Europa's besteht. Es ist dieses aber nur ein theilweises Unbehagen und das Heilmittel könnte bedenklicher werden als das Uebel, wenn zur Beschwichtigung gewisser Unruhen eine Rubensierung in ganz Europa geworfen werden müßte, indem man es einer radikalen Umgestaltung unterwürfe.

Das kann sicherlich nicht der Gedanke der französischen Regierung sein, die uns in letzter Zeit Vorschläffen vollkommener Mäßigung gegeben hat.

Vergessen wir überdies nicht, daß es sich derzeit weit mehr darum handelt, Europa den Frieden zu erhalten, als ihm denselben zu geben. Der westphälische Friede machte dreißig Kriegsjahren ein Ende. Die blutigen Kämpfe, die den Verträgen von 1815 vorangingen, haben kaum minder lange gedauert. Die in diesen beiden Epochen stattgefundenen großen Umgestaltungen waren die unausbleibliche Folge einer langen Reihe gewaltthamer Umwälzungen, denen — Gott sei Dank — die gegenwärtigen Zeiten in keiner Weise gleichen. Nun sollten bei den Transaktionen, welche der dermalige Zustand Europa's veranlassen könnte, nothwendiger Weise auch die Wirkungen mit den Ursachen im Verhältniß stehen.

Wollen Sie, Fürst, Ihre Sprache nach diesen Erwägungen richten und dieselben Herrn Drouyn de Lhuys mit freundschaftlicher Offenheit darlegen. Dolmetscher der von dem Kaiser, unserm allergnädigsten Herrn, dargelegten Gesinnungen, werden Sie der französischen Regierung Kunde geben von dem aufrichtigen Wunsche, der uns befeuert, unsere Bemühungen mit den ihrigen für den Zweck der Friedensstiftung zu vereinigen. Damit aber diese Einigung sich frei und offen bewerkstelligen und Früchte tragen könne, ist es wesentlich, daß die französische Regierung ihre Absichten mit größerer Genauigkeit andeinandersetze. Um einem Kongresse unsere locale Mitwirkung zuzuwenden, müssen wir das genaue Programm seiner Verhandlungen kennen, müssen wir versichert sein, daß dieses Programm alle Bedingungen erfüllt, welche erforderlich sind, die Ausarbeitung eines Werkes des Friedens und der Versöhnung vorzubereiten.

Empfangen Sie u. s. w.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 7. December.

(Schluß.)

Zur Verhandlung gelangt nun das Budget der siebenbürgischen Hofkanzlei (Berichterstatter Ingram), bei welcher ebenfalls in der Generaldebatte Niemand das Wort ergreift. Der Gesamtaufwand beträgt, in 15 Titel getheilt, für die 14 monatliche Finanzperiode 3,799,205 fl. Eine Debatte ergibt sich bei Titel 6 (Straßenbau), bei welchem der Ausschuss eine Herabsetzung des Erfordernisses für die Monate November und December 1864 von 89,461 fl. auf 50,000 fl. beantragte.

Puscarin schildert die eigenthümlichen Verhältnisse Siebenbürgens und beantragt die Bewilligung des von der Regierung angesprochenen Betrages. In diesem Bestreben unterstützt ihn Vizekanzler Baron Reichenslein, welcher namentlich betont, daß es sich hier nicht um Neubauten, sondern meist nur um Conservationsbauten handle.

Nachdem der Berichterstatter repliziert hat, wird zur Abstimmung geschritten und der Ausschussantrag mit Majorität angenommen.

Bei Titel 9 Stiftungen und Beiträge zu Aufzwecken beantragt Domherr Regrutin unter Schilderung des großen Nothstandes, welcher unter

der griechisch-katholischen Geistlichkeit Siebenbürgens herrscht, die Bewilligung einer Unterstützungssumme von 30.000 fl., von welcher die Archidiaconen nicht auszuschließen wären. (Wird unterstützt.)

Steffens beantragt, daß dieser Gegenstand dem Finanzausschusse zur Berichterstattung zugewiesen werde; der Berichterstatter erklärt sich einverstanden; Zimmermann hält den Antrag begründet und empfiehlt, in die ernsteste Erwägung einzugehen, prinzipiell aber wäre er dagegen, daß hierüber heute beschlossen würde, denn er wolle keine improvisierten Beschlüsse und würden sie selbst von der Ministerbank provoziert.

Der Antrag Steffens wird angenommen.

Poppa beantragt, auch die griechisch-orientalische Geistlichkeit entsprechend zu berücksichtigen und den für sie präliminirten Zuschuß von 25.000 fl. auf 60.000 fl. zu erhöhen. (Wird im Zusammenhange mit dem Antrage Regrutius dem Finanzausschusse zugewiesen.)

Bei Titel 12 (Staatszuschuß zu Schulanstalten) beantragt Domherr Regrutius eine Erhöhung der Gehalte für die Lehrer an der Normalschule in Blasendorf. (Unterstützt.)

Groß betont die Kompetenz der betreffenden Konfessionen und des Landtages.

Vizehofkanzler Freih. v. Reichenslein exponirt die Verhältnisse des Normalschulfonds.

Zimmermann wendet sich gegen die Bemerkungen Groß und beantragt Verweisung an den Finanzausschuß. (Angenommen.)

Bei Titel 13 (Stiftungen und Beiträge zu Unterrichtszwecken) spricht Poppa bezüglich der Rechtsakademie Klausenburg und betont, daß er weder gegen diese, noch gegen jene in Hermannstadt etwas vorbringen wolle, daß er sich aber genöthigt sehe, die Errichtung noch einer dritten Rechtsakademie für die romanische Nation zu befürworten, denn beide schon bestehenden Rechtsakademien ruhen auf nationaler Grundlage und in Siebenbürgen, wo Nationalität und Konfession die Grundlage der Verfassung bilden, sei denn auch das Verlangen nach einer national-romanischen Akademie gar wohl berechtigt, wenn nicht vorgezogen würde, beide Rechtsakademien in Hermannstadt und Klausenburg in eine paritätische zusammenzuziehen.

Regrutius beantragt: für die Errichtung und Erhaltung eines pädagogischen Institutes in Blasendorf für die erzbischöfliche Diözese einen Beitrag jährl. 3000 fl. zu bewilligen.

Wieder beantragt Zimmermann Verweisung an den Finanzausschuß und wird dieselbe ohne weitere Debatte beschlossen.

Die vom Ausschusse beantragte Bedeckung per 91.076 fl. wird ohne Debatte genehmigt.

Nächste Sitzung Mittwoch.

56. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 9. December.

Die Sitzung des engeren Reichsrathes beginnt nach 10³/₄ Uhr.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Freiherr v. Mecséry, v. Lasser, Hein.

Dr. v. Zybliekiewicz begründet seinen Antrag auf Revision der Ministerialverordnung vom 19. Oktober 1860, deren Genesis er entwickelt und die er für nicht rechtsverbindlich hält, da nicht abzusehen sei, ob die Verordnung oder die vorausgegangene Konvention Frucht einer Allerhöchsten Entschliebung gewesen, da ferner die gesetzlich erforderliche Gegenstimmigkeit zwischen Oesterreich und Rußland bestehe. Redner hebt dann Differenzen zwischen jener Verordnung und dem Strafgesetzbuch und die Divergenz der Ansichten über den Boden, auf welchem das Verbrechen gegen die Sicherheit Rußlands begangen sein müsse, hervor. Dieser Konvention zur Sicherheit eines anderen Staates fielen fortwährend die Blüthe der Jugend, die Elite der Nation zum Opfer, füllten sich die Gefängnisse immer mehr.

Der Ausnahmestand scheint sich auch auf das Prozeßverfahren zu erstrecken, da viele Verhaftete monatelang in bloßer Verwahrungshaft saßen. So verwerflich aber auch die Konvention in jeder Beziehung erscheine, verlange er doch nicht deren einfache Aufhebung, sondern nur die Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit und die Beschränkung der Ministerialverordnung auf ihre gesetzlichen Grenzen. Er bringe seinen Antrag so spät ein, weil seine Partei immer gehofft habe, die diplomatische Thätigkeit Oesterreichs in der polnischen Frage werde von selbst zur Aufhebung der Konvention führen. (Der Rede genau zu folgen, war nicht möglich, da fortwährend im Hause, besonders im linken Centrum, laut konversirt wurde.)

Der Justizminister. So sehr die Regierung Veranlassung hätte, dem Vorredner berichtend entgegenzutreten, begibt sie sich aus Rücksicht auf die Geschäftsordnung heute der Einrede, verwahrt sich jedoch gegen Deutung ihres Schweigens als Zustimmung.

Vielmehr hält sie den Antrag für nicht zulässig.

Dr. Zybliekiewicz konstatirt, es sei dieß der erste Fall, in welchem ein Minister einem Antrage gleich bei der Einbringung die Berechtigung abgesprochen habe.

Der Präsident wahrt das Recht der Minister zu jeder Zeit das Wort zu nehmen.

Der Antrag, einen Ausschuß von neun Mitgliedern aus dem Hause zur Prüfung der österreichisch-russischen Konvention zu wählen, wird vom Hause angenommen.

Bevor zur Wahl geschritten wird, beantwortet

Der Justizminister die Interpellation wegen des Bucherpatentes. Die Erfahrungen, welche Oesterreich bereits einmal mit der Aufhebung aller Buchergesetzgebung gemacht, haben die Vortheile, welche man sich von solcher Maßregel verspricht, nicht bestätigt, namentlich wurde der Bucher dadurch nicht beseitigt. Von allen größeren Staaten Europa's haben nur Spanien und Sardinien die Buchergesetze abgeschafft, die Erfolge sind noch abzuwarten; in Preußen wurden sie zeitlich suspendirt, nicht aufgehoben, und die dortigen Verhältnisse sind von den österreichischen sehr verschieden. Die Aufhebung würde hier ein rasches Verschwinden des Kapitals zur Folge haben. Aus den bestehenden Ausnahmen folge noch nicht die Nothwendigkeit einer unvorbereiteten Aufhebung der Gesetze. Die Beschränkung derselben sei schon so weit durchgeführt, daß die Buchergesetzgebung eigentlich nur noch für Darlehen in Nothlage oder an leichtsinnige Schuldenmacher bestehe. Die Regierung halte es daher nicht für angemessen, noch in dieser Session eine Vorlage einzubringen.

Es wird zur Wahl des Ausschusses geschritten.

Gewählt wurden: Zybliekiewicz, Mühlfeld, Pratobevera, Waidele, Berger, Giskra, Kuenburg, Hann, Riehl.

Um 12¹/₄ Uhr beginnt die Sitzung des weiteren Reichsrathes. Auf der Ministerbank: v. Plener, Freiherr v. Burger, Freiherr v. Sommaruga.

Abg. Sölzle (Niederösterreich) hat sein Mandat niedergelegt.

Berichterstatter Baron Ingram verliest den Bericht über das Erforderniß der kroatisch-slavonischen Hofkanzlei.

Eine Generaldebatte findet nicht Statt.

Zentralleitung, politische Verwaltungsbehörden, Strafanstalten, Baubehörden, Straßenbau, Wasserbau, Schulräthe, Staatsvorsteh zu katholischen Religionsanstalten, Stiftungen und Beiträge zu Kultuszwecken, Patronatsauslagen, Stiftungen und Beiträge zu Unterrichtszwecken werden ohne Debatte angenommen.

Bei dem Titel „Justizverwaltung“ beantragt

Taschek, die Aufrechterhaltung des im ersten Bericht des Finanzausschusses beantragten, im Nachtrage aufgegebenen Abstriches von 52.500 fl., indem er nachweist, daß in Kroatien die Besoldungen unverhältnißmäßig hoch und die Beamtenzahl zu groß sei. (Bravo.) Der Antrag wird unterstützt.

Freiherr v. Sommaruga erinnert daran, daß der Mehraufwand durch die Wiederherstellung der kroatischen Verfassung verursacht worden sei, und daß der Abstrich indirekt die Durchführung dieser Verfassung verhindern würde.

Taschek. Der Abstrich wurde schon im vorigen Jahre beschlossen und die Organisation trotzdem durchgeführt, um so mehr hat das Haus Ursache bei dem ersten Beschlusse des Ausschusses zu bleiben.

Groisz. So lange Kroatiens Steuern in die Reichskasse fließen, müsse auch die Reichsversammlung die zur Durchführung des Oktober-Diploms nöthigen Summen bewilligen.

Vinder vertritt unter lebhaftem Beifall das Recht des Reichsrathes, das Budget der im Reichsrath vertretenen Länder zu prüfen und Abstriche vorzunehmen.

Groisz erklärt, daß dadurch die Autonomie der Länder aufgehoben werde.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 9. December. Die „Abendpost“ meldet, daß der k. dänische Generaladjutant Kammerherr v. Trümmer von dem Herrn kais. Minister des Aeußern empfangen worden ist und Sr. Excellenz den Wunsch ausgesprochen hat, eine Audienz bei Sr. k. k. Apostolischen Majestät behufs der Uebergabe des Schreibens zu erhalten, womit Se. Majestät König Christian IX. Allerhöchstdenselben Ihre Thronbesteigung anzeigen. Da jedoch der kais. Minister des Aeußern den Herrn Abgesandten darauf aufmerksam machte, daß der kais. österreichische Hof sich in dem Falle befände, den Hof von Kopenhagen erst dann für berechtigt halten zu können, sich gegenüber den deutschen Mächten auf den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 zu berufen, wenn vorher den Verbindlichkeiten Ge-

nüge geleistet sein werde, welche die Voraussetzung für die Zustimmung der deutschen Mächte zu diesem Vertrage gebildet hätten, und daß daher in der Entgegennahme des königlichen Notifikationschreibens ein nothwendiger Aufschub einzutreten haben werde, erklärte Kammerherr v. Trümmer, unter diesen Umständen auf die gewünschte Audienz verzichten zu müssen, und hat unsere Residenzstadt gestern wieder verlassen.

Aus Venedig, 3. December, wird der „Pr.“ geschrieben: Unter den bestehenden Verhältnissen ist es wohl nicht ohne Bedeutung, daß die bekanntesten von der französischen Regierung beeinflussten Journale Frankreichs hervorragende Mitglieder ihrer Redaktionen hieher zu schicken gesonnen sind, um die Verhältnisse Veneziens zu studiren, um dann mit einer gewissen Autorität die „venezianische Frage“ diskutieren zu können. Soviel man bis jetzt erfährt, werden nebst dem Moniteur und der France, auch der Konstitutionnel, das Pays, die Patrie und Opinion Nationale ihre Berichterstatter nach Venedig entsenden. Daß diese journalistische Mission gerade in eine Zeit fällt, wo sich eben aus Venezien sehr wenig Interessantes melden läßt, hat gewiß seine Bedeutung. Daß die verschiedenen Comités schon dafür sorgen werden, um den Fabrikanten der öffentlichen Meinung in Paris Gelegenheit zu geben, über die „traurige Lage Veneziens“ berichten zu können, daran ist wohl nicht zu zweifeln, und wir können uns auf ein wahres Schmerzensschrei-Konzert aus Venezien demnächst gefaßt machen.

Wir laboriren seit einiger Zeit an einem empfindlichen Mangel an Silberseidemünze. Die Zehn- und Fünfkreuzerstücke neuer Prägung sind alle nach Egypten gewandert, um die Arbeiter des Suezkanals zu bezahlen. Nun sind mit einemmale auch die Guldenstücke und Zwanziger verschwunden, und diese sind — mirabile dictu — alle nach Piemont verführt worden, wo sie theilweise umgeprägt werden, wobei die piemontesische Regierung ungefähr 3 Prozent gewinnt — so wird uns von einer in diese Angelegenheit vollkommen eingeweihten Persönlichkeit versichert.

Ausland.

Mürnberg. Angesichts der Ereignisse, welche zur endlichen Geltendmachung der lange unterdrückten Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein, und damit zur Wahrung des Rechts und der Ehre der deutschen Nation auffordern, sind die unterzeichneten Abgeordneten ohne Rücksicht auf Parteistellung zu vertraulicher Besprechung zusammengetreten und haben einhellig beschlossen: 1) die sämtlichen derzeitigen Mitglieder der deutschen Landesvertretungen werden eingeladen, an einer am 21. December d. J. zu Frankfurt a. M. abzuhaltenden Versammlung theilzunehmen; 2) dieser Versammlung wird vorgeschlagen, sich auszusprechen für die althergebrachte und verfassungsmäßige unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, für die Selbstständigkeit der Herzogthümer und für vollständige Trennung von Dänemark, für die Erbfolgeberechtigung Friedrichs von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein; 3) die Versammlung verhandelt und beschließt über die zur entschiedenen und raschen Durchführung der Rechte der Herzogthümer erforderlichen gesetzlichen Mittel. Wie wir Unterzeichnete diese Beschlüsse einmütig gefaßt haben, so vertrauen wir, daß dieselben von allen unsern Genossen freudig angenommen werden. Das deutsche Volk aber wird inzwischen ebensowenig als seine Vertreter säumen, in der Vorbereitung zur thatkräftigen Unterstützung der Herzogthümer pflichtgetreu, wie es dieselbe begonnen, und ununterbrochen fortzuführen. Nürnberg, 6. December 1863. Dr. Karl Barth (Baiern). Dr. Marq. Barth (Baiern). Rud. v. Bennigsen (Hannover). Braier (Baiern). Dr. Brinz (Oesterreich). Gello (Preußen). Christmann (Baiern). Karl Grämer (Baiern). Deffner (Württemberg). Franz Dunder (Preußen). Gust. Duvernoy (Württemberg). Fezer (Württemberg). Dr. J. Fleck (Oesterreich). A. Franz (Baiern). Dr. Groß (Oesterreich). Dr. Hann (Oesterreich). J. Hölder (Württemberg). Dr. v. Hofmann (Baiern). Hoyerbeck (Preußen). Kols (Baiern). Lerchenfeld (Baiern). Mühlfeld (Oesterreich). Dr. Sigm. Müller (Frankfurt a. M.). Oesterlen (Württemberg). Probst (Württemberg). Dr. G. Passavant (Frankfurt a. M.). Dr. Karl Rehbauer (Oesterreich). F. Streit (Soburg). Umbseiden (Baiern). v. Unruh (Preußen). G. Wieweg (Braunschweig). Dr. J. Völk (Baiern). Wiggers (Schleswig-Holstein).

Berlin, 6. December. Die militärischerseits jetzt getroffenen Anordnungen der betreffenden Bundesmächte vor der Beschlußfassung des Bundes selbst gründen sich auf die Vereinbarungen der militärischen Kommission, welche in Frankfurt a. M. zusammengetreten. Der Plan dieses Expose beruht auf den früheren Festsetzungen des Bundes und schließen sich die weiteren Abmachungen in Folge der veränderten

Situation nur an die Ersteren an. Hiernach sollen nur 6000 Mann die wirkliche Exekution ausführen, wie dieß früher bestimmt war, bloß mit dem Unterschiede, daß jetzt Sachsen allein die Truppen hierzu stellt, während dieß früher von Sachsen und Hannover gemeinsam geschehen sollte. Was wir gleich Anfangs prophezeiten, daß sich Hannover nicht unter sächsischen Befehl stellen würde, hat sich jetzt bewahrheitet. Nur diese 6000 Mann sollen in Altona einrücken und sich von hier über Holstein ausdehnen, um das Land im Namen des Bundes in Pfand zu nehmen. Unterdeß sollen aber, nach diesem Plane, gleichzeitig an der holsteinischen Grenze bis Hamburg 15.000 Mann, aus Preußen, Oesterreichern und Hannoveranern zusammengefasst, bereit stehen. Praktisch ist die Anordnung nicht, denn selbst, wenn die Dänen in Holstein Anfangs keinen Widerstand leisten, so läßt sich weder der Moment noch das Terrain vorhersehen, wo dieß dennoch geschehen kann, und voraussichtlich auch geschehen wird. Es wäre ferner zu sorglos und schlecht motivirt, wenn selbst für den Fall, daß die Dänen bis vor Rendsburg sich freiwillig zurückzögen, die Bundesstruppen den viel stärkeren Dänen gegenüber sich nur 6000 Mann stark nach Holstein hineinwagen wollten.

Diesen Umstand hat die militärische Kommission gewiß auch erkannt, sie konnte nur nicht anders handeln, als auf Grund der bereits getroffenen Disposition des Bundes die nöthigen Reserve-Aufstellungen nach dem militärischen Gutachten zu beschließen. In Wirklichkeit wird die Angelegenheit sich aber so gestalten, daß jene 15.000 Mann sich gleich mit den 6000 Mann vereinen, und daß in der Stärke von 21.000 Mann der Einmarsch erfolgt. Es ist dazu eben nur noch der Beschluß des Bundes nothwendig. — Seit Sonnabend ist in der Stadt das Gerücht verbreitet, daß der Freiherr v. d. Heydt von einem Schlaganfall betroffen worden und bedenklich krank darniederliege. Herr v. d. Heydt scheint die Unglückseligkeit seiner Wahl sehr zu Herzen gegangen zu sein. Augenzugehen versichern, daß derselbe am Tage nach dem gefällten Urtheile in so heftiger Aufregung gewesen sei, daß er „am ganzen Leibe zitterte.“

Altona, 6. Dec. (Abends). Das Gesetzsblatt publizirt ein Ministerial-Reskript wegen des Homagialeides. Das Ministerium sieht den Berichten und Anträgen der holsteinischen Regierung entgegen. Die Einfuhr von Waffen und Munition in Holstein ist verboten.

Aus **Schleswig-Holstein**, 4. December. Der dänische Gewaltthäter treibt die Sache in Schleswig-Holstein auf die Spitze. Erstens: sind die Marschdistrikte des südlichen Schleswigs westwärts bis an das Eiderstädtchen Friedrichstadt unter Wasser gesetzt. In Folge dessen erkundigten sich die Besitzer der jetzt unbrauchbaren Ländereien, welche noch aus dem letzten deutsch-dänischen Kriege nennenswerthe Forderungen an die Regierung haben, nach dem von der Regierung aussersehenen Termine für die Entrichtung des Schadenersatzes, worauf ihnen zu erkennen gegeben wurde, daß die Regierung jetzt nicht Zeit habe, daran zu denken. Zweitens: die über mindestens sechs deutsche Meilen von Ost nach West sich erstreckenden dänischen Schanzen am Dännewerk waren bislang nur mit einer Reihe Kanonen armirt; plötzlich aber sind in den dortigen größeren Vertheidigungswerken drei Schichten schwerer gezogener Geschütze übereinander angebracht worden. Drittens: die einzige Befestigungs-Anlage auf holsteinischem Boden war bisher der schwere dänische Brückenkopf auf dem dithmarsischen Eiderufer vor Friedrichstadt. Jetzt liegt die Sache in der Umgegend von Neumünster haben Schanzarbeiten begonnen, die in östlicher Richtung nach der Stadt Segeberg fortgesetzt werden sollen. Viertens: Nicht nur den Mitgliedern von Schützen-Gesellschaften und den Waffenhändlern, sondern sämtlichen Einwohnern des Herzogthums Holstein ist unter Androhung schwerer Strafen der fortdauernde Besitz von Waffen jeglicher Gattung untersagt worden. Fünftens: die Zivil-Autoritäten in Holstein sind angewiesen worden, auf Steuerverweigerung und Widerstand gegen die Rekrutierung durch Herbeiführung von Militärmacht zu antworten. Man befürchtet endlich in Schleswig-Holstein einen dänischen Belagerungs-zustand.

Turin, 5. December. Die Nationalbank hat den Disconto auf 9 pCt. erhöht.

Neapel, 1. December. Das Einzige, was uns der König Ehrenmann bei seiner Abreise hinterlassen hat, ist die Amnestie. Die besoldete Presse bemüht sich, dieses Wort so viel und laut als möglich in alle vier Weltgegenden hinauszuposaunen, um so die öffentliche Meinung für die Turiner Regierung zu gewinnen. Hier ist man aber keineswegs so entzückt darüber. Das Ganze ist weiter nichts gewesen, als eine schlecht gespielte Gaukelei, denn die Beschränkungen vernichten das Resultat gänzlich. Es gibt hier keinen politischen Prozeß, der nicht im Brigantaggio seinen

Ursprung hätte, denn alle Welt wird auf die eine oder andere Weise der Mischguth angeklagt. Daher kommt es denn, daß von der ungeheuren Zahl Verurtheilter, Untersuchungsgefangener und solcher, die aus Parteilichkeit und auch wohl häufig aus Privat-rache als Verdächtige auf unbestimmte Zeit gefangen gehalten werden, kaum zweihundert die Wohlthat der Begnadigung erlangen.

London, 4. December. Ein Sturm von ganz ungewöhnlicher Heftigkeit hat gestern die Stadt und die Küsten heimgesucht und viel Unheil angerichtet.

Kopenhagen, 3. December. Die russische wie die englische Regierung haben dem König Christian, im Falle er sich bewegen finden werde, mit der Politik des Ministerium Hall zu brechen, zum Schutz gegen etwaige Vergewaltigung eine hinreichende Seemacht zur Verfügung gestellt. Die Mächte üben überhaupt eine starke Pression auf den König aus; er schwankt; aber das Ministerium Hall wird kräftig unterstützt von einer dem König sehr nahestehenden hohen Dame, der eigentlichen Urheberin der Londoner Thronfolgeordnung.

Warschau, 6. December. Ein Wiener Blatt behauptet, daß 987 Frauen in Warschau wegen verbotener Kleider verhaftet worden seien. Diese Nachricht ist vollkommen unbegründet. Die Frauen in Warschau und in den Provinzen haben an dem festgesetzten Tage die Trauer abgelegt, ohne daß die Behörde zu Zwangsmaßregeln hat schreiten müssen. — Die Mittheilungen über die Zahl der Insurgenten im Gouvernement Plock sind sehr übertrieben.

Tagesbericht.

Laibach, 11. December.

Die Wahlkommission der Handels- und Gewerkekammer für Krain hat die Wählerlisten zum Behuf der Vollziehung der Ergänzungswahlen ausgeben und werden dieselben vom 15. bis 23. December in den Amtsfokalen des Stadtmagistrates in Laibach und der Steuerämter auf dem Lande zur Einsichtnahme aufgelegt.

— Den letzten wuthverdächtigen Hund hat man eingefangen und in's Thierspital zur Beobachtung gebracht. Wie es heißt, haben sich unzweifelhafte Symptome der Wuth gezeigt.

— Die juristische Gesellschaft in Graz feierte vorigen Montag ihr Gründungsfezt mit einem Bankett.

— Die Grazer Blätter veröffentlichen einen Aufruf des Hilfscomité's für die in Noth gerathenden schleswig-holsteinischen Beamten und Richter.

— Auch in Triest hat sich ein Hilfscomité für die bedrängten Schleswig-Holsteiner gebildet, das einen von Schröder, Steitner, Hütterot und Schilling unterzeichneten Aufruf erlassen hat.

— Der Klagenfurter Gemeinderath hielt am 9. d. M. eine Spezialsitzung zur Berathung einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser, um den Sympathien der Bevölkerung für Schleswig-Holstein Ausdruck zu geben. Nachdem jedoch die Antwort Sr. Majestät an den Wiener Gemeinderath bekannt geworden war, zog der ursprüngliche Antragsteller Herr G. R. Kuapp seine Motion zurück. Dieselbe wurde jedoch von Hrn. G. R. Haderer in der Sitzung wieder aufgenommen. Herr G. R. Dr. Erwein stellte dar, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser unpassend erscheine, da es ein Hauptgrundsatz des konstitutionellen Staatslebens sei, das Staatsoberhaupt außer dem Kreise der politischen Debatte zu lassen. Er beantragte deshalb eine Adresse an das Gesamtministerium, um die deutsche Gesinnung des Gemeinderathes und das lebhafteste Mitgefühl für Schleswig-Holstein auszusprechen. Dieser Antrag wurde auch mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben und Herr Dr. Erwein mit der Abfassung der Adresse betraut. (Rkf. Ztg.)

— Aus Villach wird gemeldet: Ein vom Herrn Dr. Max v. Mathis und dem Herrn Bürgermeister Josef Kassin unterzeichneter, gefühlvoll und patriotisch geschriebener Aufruf zu Beiträgen für Schleswig-Holstein unter dem Motto: „der Südgau seinen deutschen Brüdern im Norden“ findet allgemeine Zustimmung und zahlreiche Unterschriften, die bereits am ersten Tage einen Betrag von 250 fl. ergaben.

— Marburg erhält nun auch die Wohlthat eines „Auswirts-Kassenvereins.“ Zwei verdiente Bürger Marburgs, die Herren J. Pichs und M. Marlo sind es, welche mit lobenswerthem Eifer zur Gründung dieses Vereins die Initiative ergriffen.

Wien, 9. December.

Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolph befindet sich seit gestern Nachmittags vollkommen wohl. Der Kronprinz verließ schon gestern Nachmittag das Bett.

— In dem Befinden Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers ist keine Aenderung eingetreten und der Herr Staatsminister auch heute genöthigt, das Bett zu hüten. Es ist ein Gastricismus.

— In neuester Zeit hat sich der Fond der südslavischen Akademie bedeutend vermehrt. Außer dem Fürsten Lippe-Schaumburg, der, wie gemeldet, 3000 Gulden zusagte, hat die Stadt Warasdin zu dem Zwecke 5000 fl. votirt und die Gebrüder Jankovic, Besitzer in Suhopolje, haben eine auf ihre Realitäten verhypothecirte Privatobligation pr. 6000 fl. gegeben.

— Dr. Giskra hat sich heute doch entschlossen den allseitigen Anforderungen zu entsprechen und die Berichterstattung über das Armeebudget zu übernehmen.

— Das „Vaterland“ bringt heute eine Reihe von Artikeln, deren Tendenz sämmtlich darauf hinausläuft, das freiere Staatsleben in Oesterreich zu verdrängen und zum Falle zu bringen.

— In der Redaktion und Druckerei der „Morgen-Post“ fand vorgestern Abends eine gerichtliche Hausdurchsuchung Statt. Die gesuchten Manuscripte, ein Artikel über den Gemeinderath, wurden gefunden und mitgenommen. Die noch vorrätigen Exemplare der gestrigen Nummer wurden konfisziert.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

München, 9. December. Die „Baierische Ztg.“ rechtfertigt die Abstimmung Baierns in der Bundestagsitzung vom 7. d. M. Der Schluß des betreffenden Artikels sagt: Eingedenk ihrer Bundespflichten wird nun die bayerische Regierung sich vom Vollzuge des formell gültigen Bundesbeschlusses nicht fern halten, aber unausgesetzt auf die möglichste Wahrung aller Rechte Bedacht nehmen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Betracht kommen, namentlich ihren bisherigen Standpunkt bei den Verhandlungen nicht verläugnen, welche nunmehr ohne Bezug wegen der Erbfolgefrage in den Herzogthümern gepflogen werden müssen.

Frankfurt, 9. December. Der Oberbefehl über sämtliche Exekutionstruppen, ausschließlich die Reserven, soll dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen übertragen sein.

Frankfurt, 9. December. Der hiesige gesetzgebende Körper hat aus Anlaß der bundestäglichen Abstimmung der 17. Curie einstimmig beschlossen: 1. Den Senat zu der Erklärung aufzufordern, wie die freie Stadt Frankfurt gestimmt habe. 2. Den Senat zur sofortigen Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als einzigen Erbberechtigten aufzufordern.

Berlin, 9. December. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bringt der Finanzminister Freiherr v. Bodelschwingh einen Gesetzentwurf in Betreff einer Anleihe von 12 Millionen Thaler ein. Der Zweck des Anlehens ist: die außerordentlichen Ausgaben für die militärischen Maßregeln wegen Schleswig-Holstein. Dem nächsten Landtag wird über die geschehene Verwendung Rechenschaft abgelegt werden. Es wird bestimmt, eine besondere Commission von 21 Mitgliedern zu wählen. Die Wahl findet morgen statt. Der Minister wünscht die möglichste Beschleunigung dieser Angelegenheit.

Der Justizminister beantragt die Genehmigung zur Verfolgung des Dr. Jacoby. Der Antrag wurde an den Justizausschuß überwiesen. Jacoby erklärt, persönlich diesem Wunsche die Genehmigung zu ertheilen.

Berlin, 9. December. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: In der vorgestrigen Bundestagung wurde bestimmt, daß die sächsischen und hannoverschen Truppen in 7 Tagen an der holsteinischen Grenze stehen. 4 Tage auf die Antwort von Dänemark warten und dann in Holstein einrücken sollen. Dasselbe Blatt vernimmt, der beabsichtigte schleswig-holsteinische Antrag wird im Herrenhause nicht eingebracht, weil die Verhandlungen darüber mit der Berathung im Abgeordnetenhaus über die Bewilligung der Creditforderung von 12 Millionen zusammentreffen würden.

Hamburg, 9. December. „Dagbladet“ und „Fædrelandet“ erklären, Dänemark könne das Herzogthum Holstein keineswegs ohne Schwertstreich räumen.

Hamburg, 9. December. (Abends.) Zahlreiche Beamte, Advokaten und andere hervorragende Schleswig-Holsteiner, mit Aufhebung und Fortschleppung nach Dänemark bedroht, sind flüchtig hier eingetroffen. (Votisch.)

Stockholm, 8. December (Abends). Der Reichstag ist geschlossen worden. Die Thronrede sagt: Unsere Interessen sind noch nicht unmittelbar bedroht, doch sind sie mit der Aufrechterhaltung des Friedens und des Völkerrechtes in Europa verbunden; um so lebhafter müssen wir an dem Kummer über die Gefahren Theil nehmen, die sich um den König und das Volk Dänemarks drängen.

Börsenbericht. Wien 9. Dezember (Mr. Sta. Abbl. Mittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr) Die Börse verlief in guter Haltung. Staatspapiere durchgehends besser bezahlt. 1860er Lose schließen nach einigen Schwankungen um $\frac{7}{10}$ %, 1839er um 1% höher als gestern. Von Industriepapieren waren besonders Nord- und böhmische Westbahn-Actien beliebt. Erstere stiegen um 3%, letztere fast um 8 fl pr. Stück. Bank- und Credit-Actien zum Schluß etwas dünner. Wechsel auf fremde Plätze bei bedeutenden Umsätzen und mehrjährigem Angebot um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ % billiger abgegeben. Gold und Silber ebenfalls wohlfeiler, Geld genügend, aber nicht mehr so flüssig als in den Vortagen.

Öffentliche Schuld.				Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware			
A. des Staates (für 100 fl.)				Ob- u. Defl. und Salz. zu 5%	84.75	85	—	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.	119.	119	50	Salz	zu 40 fl. C. M.	35	25		
	Geld	Ware		Böhmen	5	91.	—	C. M. mit Einzahlung.	424.	425.	—	Salfr	zu 40 fl. C. M.	33	25		
In österr. Währung . zu 5%	69.60	69.70		Steiermark	5	87.	88	Defl. Den.-Dampfsch.-Ges.	229.	230.	—	Clary	" 40 "	32.	32		
5% Anleh. v. 1861 mit Rückz. 1/2%	96.20	96.40		Kärnt., Krain u. Küst.	5	87.	88	Oesterreich. Lloyd in Triest	395.	398.	—	St. Genois	" 40 "	33	25		
detto ohne Abschritt 1863 1/2%	—	—		Mähren u. Schlesi.	5	88.50	91	Wiener Dampfn.-Akt.-Ges.	392.	394.	—	Windischgrätz	" 20 "	19	50		
National-Anlehen mit				Ungarn	5	75	25	Wiener Kettenbrücke	158.	158	50	Waldstein	" 20 "	20.	20		
Jänner-Coupon " 5%	81.20	81.30		Tem. Ban., Kro. u. Slav.	5	73.	73.50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	147.	—	—	Keglevich	" 10 "	15.	15		
National-Anlehen mit				Galizien	5	71.50	72	Heißbahn-Aktien 200 fl. C. M.	Wechsel.								
April-Coupon " 5	80.90	81.10		Siebenb. n. Bukow.	5	71.	72	m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	3 Monate.								
Metalliques " 5	74.25	74.35		m. d. Berl.-Gl. 1867	5	70.50	72	Pfandbriefe (für 100 fl.)								Geld	Ware
detto mit Mai-Coup.	74.40	74.50		Venetianisches Anl. 1859	5	93.	—	National-	10	102	50	Augsburg für 100 fl. südd. W.	101.	101			
detto " 5	65.25	65.50		Afriken (pr. Stück)				bank auf	5	90.	90	Frankfurt a. M. ditto	101.	101			
mit Verlosung v. Jahre 1839	143.25	143.50		Nationalbank	5	79.	79	G. M. verlosbare	5	85	80	Hamburg für 100 Mark Banco	89.75	90.			
" " 1854	92.	92	25	Kredit-Anstalt zu 200	5	186	40	Nationalb.	ausf. W. verlosb. 5	85	80	London für 10 Pf. Sterling	118.75	118			
" " 1860 zu	93.75	94.80		M. d. Oecom.-Ges. j. 500 fl. d. W.	44	—	64	Ungarische Boden-Credit-Anstalt	Paris für 100 Franken							46.80	46
" " zu 100 fl.	94.75	94.80		R. Ferd.-Nordb. j. 1000 fl. C. M.	1728.	—	1720	zu 5% p. Ct.	88.75	89.	—	Cours der Geldsorten.					
Como-Renten j. zu 42 L. austr.	18	25	18	Staats-Gis.-Ges. zu 200 fl. C. M.	186.	—	186	Weise (per Stück.)									
				oder 500 fr.	139	50	140	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	zu 100 fl. öst. W.	139	80	140.	R. Münz-Dukaten	5 fl. 70 fr.	5 fl. 72		
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Kais. Eis.-Bahn zu 200 fl. C. M.	128	50	128	Don.-Dampfsch.-G. zu 100 fl. C. M.	89.	—	90.	Kronen	16	45	" 16		
Grundentlastungs-Obligationen.				Eis.-nordb. Verb.-B. 200	128	50	128	Stadtgem. Dfen " 40 " d. W.	33	50	34.	Napoléons' d'or	9	58	" 9		
Nieder-Oesterreich . zu 5%	87.50	88.	—	Süd.-Staats., lomb.-ven. n. centr.	ital. Eis. 200 fl. d. W. 500 fr	250	—	St. Peterzurg " 40 " C. M.	95.	—	95	Russ. Imperials	9	85	" 9		
				mit Einzahlung	250	—	252					Reichsthaler	1	79	" 1		
												Silber-Agio	119	25	" 119		

Effekten und Wechsel-Kurse.
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 10. December 1863.

Effekten.	Wchsel.
5% Metalliques 74 10	
5% Rat. v. Anl. 80.70	Silber 119.40
Baufaktien . . . 788. -	Londen 119.50
Kredittaktien . . 183. -	R. f. Dufaten . . 5 72
1860er Lose . . . 92 70	

Fremden-Anzeige.

Den 9. December 1863.

Die Herren: Birkhard, — Ploch, Kaufleute,
und — Wenter, von Wien. — Hr. Borel, Kaufmann,
von Reichenberg. — Hr. Pour, f. I. Ainar, von
Reisnig. — Hr. Gandolmi, Handlungsreisender, von
Pölschach. — Hr. Fertuna, Handelsmann, von Gottschee.
— Hr. Kraus, von Triest. — Hr. Stof, von Sambor.
— Hr. Janier, von Tolmezzo. — Hr. Schinfort, von
Vandorstr. — Die Herren: Paulin, und — Schuster,
von Senofelsch.

3, 2511.

Pr. 469.

Rundmachung.

Für die Mitglieder und Erfahrmänner der Handels- und Gewerbeammer von Krain, deren Mandat mit 31. December dieses Jahres gesetzlich erlischt, hat die vorschristsmässige Ergänzungswahl stattzufinden.

Zu diesem Zwecke hat das hohe k. k. Landes-Präsidium für Krain mit dem Erlasse vom 1. December d. J., B. 20634B., die Wahlkommission eingesetzt.

3. 2510.

11. 11. 11. 11. 11.

Die Aufgabe der Wahlkommission besteht:

- I. in der Hinausgabe der Listen der Wahlberechtigten Behufs der Reclamation;
 - II. in der Einziehung der hinausgegebenen Listen der Wahlberechtigten und der dawider eingebrachten Reclamationen;
 - III. in der Entscheidung über die Reclamationen, und sohinigen endgiltigen Feststellung der Wählerlisten;
 - IV. in der auf Grund der festgestellten Wählerlisten zu geschehen habenden Ausfertigung und Zustellung der die Namen der austretenden Kammermitglieder und Ersatzmänner, so wie die Zahl und Kategorie der zu Wählenden enthaltenden Legitimationskarten, zugleich Stimmzettel zur Wahl, in der Überanragung des Wahltages und in der Einziehung der ausgefüllten Stimmzettel;
 - V. in der Scrutinirung der Stimmzettel, Feststellung des Wahlergebnisses, Verständigung der Gewählten, Entgegennahme ihrer Erklärungen über die Annahme oder Ablehnung der Wahl, und in der Anzeige des Wahleresultates an die hohe k. k. Landesregierung und an die Handels- und Gewerbekammer.
- Dermal handelt es sich um die Vollziehung der in I. und II. angedeuteten Geschäfte.

Derma! handelt es sich um die Vollziehung der in I. und II. angedeuteten Geschäfte.

Zu diesem Behufe sendet die unterzeichnete Wahlkommission die Wählerlisten für Laibach an den Stadtmagistrat und für das flache Land an die k. k. Steuerämter mit der Einladung, dieselben vom 15. bis inclusive 23. December d. J. öffentlich zur abge-

meinen Einsicht im Amtlocale aufzulegen, damit
allfällige Einsprachen dagegen eingebracht werden können.

Die Handels- und Gewerbetreibenden von Kraim können sonach in der obigen achttägigen Frist ihre Reclamationen gegen die aufgelegten Wählerlisten schriftlich oder mündlich in Laibach beim Stadtmagistrate und auf dem flachen Lande bei den k. l. Steuerämtern einbringen.

Nach Ablauf der Reklamationsfrist, und zwar zuverlässig bis zum 1. Jänner 1864, werden der Laibacher Stadtmagistrat und die k. k. Steuerämter die Wählerlisten sammt den Reclamationen an die Wahlkommission (Bureau der Handels- und Gewerbekammer in Laibach) einsenden, und die aus Anlaß der Reclamen sich ihnen aufdringenden Bemerkungen beifügen.

Von der k. k. Wahlkommission für die Ergänzungswahlen der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

Laibach am 10. December 1863.

3, 2503. (2)

Postexpeditors - Stelle zu besetzen.

Bei einer Poststation im Küstenlande findet ein geprüfter Postexpeditor sogleiche Aufnahme. Anträge sind an das k. k. Postamt Lippa zu richten.

Vincenz Dolschein.

Die erste Nummer des neuen Jahrgangs 1864 ist aus Berlin heute bereits eingetroffen.



Der Bazar, die nützlichste, reichhaltigste und billigste Familienzeitung, hat in seinen bisherigen neun Jahrgängen seine Aufgabe gelöst. Die deutsche Original-Ausgabe zählt eine Auflage von 105,000 Exemplaren, die französische 32,000, die spanische 15,000, die englische 50,000, — im Ganzen also über 200,000 Exemplare. — Wie bisher wird auch ferner der Bazar durch Abbildung und Gestschreibung der Selbst-Anfertigung aller Gegenstände, welche irgend in das Reich weiblicher Handarbeiten gehören und gewöhnlich zu theuren Preisen in den Läden gekauft werden, nach und nach der neuesten Mode lehren. In den jährlich erscheinenden 24 Doppel-Nummern (62 Bogen in größtem Folio-Format) werden über 1000 Abbildungen in bekannter schöner Ausfertigung gegeben, welche die gesammte Damen-Garderobe, Leibwäsche und Kinder-Garderobe umfassen; ferner alle übrigen Toilettengegenstände und Handarbeiten nach dem neuesten Geschmack.

denksten Geschmack: **Pariser und Berliner Originalmuster** für Stickerei, Häfelarbeit und Filz, Weißstickerei, Tapissiererei, Application und Soutache, sowie Perlenarbeiten; endlich in regelmäßiger Reihenfolge die neuesten **Modenbilder**. Jährlich 12 bis 15 Supplementen bringen über **150 Schnittmuster** in natürlicher Größe zur gesammten Garderobe der Damen, Mädchen und Knaben, sowie der Leibwäsche überhaupt. Diese Schnittmuster sind in Zeichnung und Beschreibung so klar und faßlich, daß auch die ungeschulteste Hand im Stande ist, ein guttunendes und modernes Kleidungsstück darnach zuzuschneiden und anzufertigen.

Der unterhaltende Theil des **Lazar** bringt **illustrirte Novellen** der bestbeachteten Schriftsteller, **Skizzen** erhabener und heiteren Inhalts und dem weiblichen Geschmack entsprechende **Mittheilungen**, **Auskl. Fäden** für Pianoforte und Gesang, **Rebus**, **Räthsel**, **Witzsprung**, **Aufgaben**, **Räthsel**, **Humoristisches** und eine Fülle von **Notizen** und **Recepten** für die Hauswirthschaft und Toilette.

Probe-Nummern werden von allen Buchhandlungen und Post-Ämtern des In- und Auslandes zur Ansicht geliefert.

Bestellungen nimmt jederzeit entgegen: **Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg in Laibach.**

Vierteljährlicher Abonnements-Preis: loco Laibach 1 fl. 30 kr., nach auswärts den Postgebühren entsprechend.

105,000 Auflage. — Monatlich erscheinen zwei Doppel-Nummern mit zahlreichen Illustrationen. — Auflage **105,000.**